

VOLKSINITIATIVE: JETZT UNTERSCHREIBEN!

Auf Antrag der PDS-Ratsgruppe hat der Jugendhilfeausschuss (JHA) die Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ ausdrücklich begrüßt. In dem einstimmig gefassten Beschluss, der vom Rat an den Ausschuss verwiesen wurde, unterstützen die im JHA vertretenen Parteien und Jugendverbände die Absicht, den Landtag dazu zu bewegen, „... sich mit der Absicherung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in NRW zu befassen mit dem Ziel, die Förderung aller jungen Menschen (im Sinne der §§ 11–13 SGB VII) in NRW rechtsverbindlich zu gewährleisten.“

Obwohl die Landesregierung angesichts der Proteste gegen ihre Politik ihre Kürzungsabsichten etwas zurückgenommen hat, sind viele Projekte doch in ihrer Existenz gefährdet. Ein rechtsverbindlicher Anspruch auf Finanzierung soll hier verlässlich Abhilfe schaffen. Marc Junghans, Vertreter der Falken im JHA, bedauerte es, dass der Antrag nicht schon in der letzten Ratssitzung verabschiedet wurde.

Trotz des Beschlusses wird es dabei bleiben, dass die Unterschrift unter die Volksinitiative bis zum 27. Januar 2004 nur in den neun Bürgerämtern und im Wahlamt am Kopstadtplatz geleistet werden kann. Nach Ansicht der Verwaltung ist wegen der Neutralitätspflicht der Stadt auch keine ausdrückliche Werbung der Stadt möglich.

Dafür machen Unterstützer/innen der Volksinitiative mit vielen Aktionen mobil. So warb die evangelische Jugend um Unterschriften vor dem Wahlamt. An Aktionen der Caritas am 13. Dezember 2003 gegen die Landeskürzungen beteiligten sich in Düsseldorf und Münster 6.000 Menschen. Die PDS ruft ausdrücklich dazu auf, den Weg in die zuständigen Ämter zu gehen und mit einer Unterschrift zum Erfolg der Volksinitiative beizutragen. Je größer die Zahl der Unterschriften, desto größer wird der Druck auch die Landesregierung.

Cross-Boarder-Leasing am Ende?

US-Gesetzentwurf will Steuerschlupflöcher schließen

Mit Hilfe zweifelhafter Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte hofften viele bundesdeutsche Kommunen aus der Finanzkrise zu kommen. Den trickreichen Geschäften will jetzt ein US-Senator den Garaus machen. Am 18. November 2003 brachte der Republikaner Chuck Grassley einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Kongress ein. Er wurde inzwischen mit 19 von 21 Stimmen vom zuständigen Finanzausschuss gebilligt. Anders als bei bisherigen Initiativen ist die Mehrheit im Kongress also so gut wie sicher.

Zuvorgegangen waren der Abstimmung umfangreiche Anhörungen des Finanzausschusses. Dabei schilderte ein „Mr. Janet“ – der Zeuge durfte anonym bleiben, weil er um sein Leben fürchtet – detailreich, wie Banken, Rechtsanwälte und Steuerberater den amerikanischen Fiskus an der Nase herumführen. Der zuständige Ausschuss des Senates ließ hinterher keinen Zweifel daran aufkommen, dass er CBL als reines Kreislaufgeschäft betrachtet. Ziel sei nicht eine wirtschaftliche Tätigkeit, sondern ausschließlich die Erlangung von Steuervorteilen.

In dem von Chuck Grassley eingereichten Gesetzentwurf sollen jetzt „Geschäfte ohne wirtschaftlichen Hintergrund“ von jedem Steuervorteil ausgeklammert werden. Damit würde der Wettlauf um die besten Tricks, wie die amerikanischen Steuerbehörden per Scheingeschäft um riesige Millionenbeträge geprellt werden können, beendet.

PDS fordert Bericht

Die PDS-Ratsgruppe hat die US-Leasing-Geschäfte stets abgelehnt. Sie war und ist gegen den Ausverkauf kommunalen Eigen-

tums und eine Haushaltssanierung durch hochspekulative, risikoreiche Geschäfte auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler. Passiert der vorliegende Gesetzentwurf den Kongress, könnten die Risiken alle Beteiligten schneller einholen, als gedacht. Die amerikanischen Steuerbehörden prüfen derzeit nämlich auch bereits abgeschlossene CBL-Verträge. Insider vermuten, dass die Verträge selbst zwar Bestand haben. Es könnten jedoch Gewinne aus den Deals per Strafzahlung einkassiert werden.

Man kann davon ausgehen, dass die US-Investoren alles tun, um mögliche Forderungen weiterzureichen. Nachdem es die du-

biose Vertragspraxis jahrelang mitgetragen hat, warnte jetzt auch das Innenministerium des Landes NRW davor, dass die Kommunen für Verluste der Investoren herangezogen werden könnten, wenn dies in den Verträgen nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Stadtkämmerer Dr. Horst Zierold wäht die Stadt Essen zwar auf der „sicheren Seite“. Die PDS-Gruppe hat für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Januar

jedoch einen detaillierten Bericht über das Ergebnis der Vertragsprüfungen beantragt. Dabei soll nicht nur das US-Leasing-Geschäft mit der Messe überprüft werden, sondern auch die Geschäfte der EVAG mit U-Bahnwagen und Schienennetz.

In jedem Fall dürfte es nicht ganz angenehm werden, wenn die Stadt die nächsten 30 Jahre damit rechnen müsste, dass ihre sauberen Vertragspartner nur darauf aus sind, entgangene Steuergewinne wieder hereinzuholen, z.B. indem sie versuchen, der Stadt Vertragsverletzungen bei der Instandhaltung der verleasten Anlagen nachzuweisen. Immerhin stoppte die Stadt nach wachsender Kritik im Sommer die US-Leasing-Deals mit der Abwasserentsorgung und dem Trinkwassernetz.

Wolfgang Freye



Öffentliche Daseinsvorsorge in Europa

Verteidigen und erneuern!

Anfang nächsten Jahres, noch vor dem „heißen“ Europawahlkampf, steht die Gründung einer europäischen Linkspartei an. Die PDS ist daran ebenso beteiligt wie die meisten Mitgliedsparteien der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), der Europaparlamentsfraktion sozialistischer und kommunistischer Parteien der EU-Mitgliedsstaaten. Wenn sich die Linksparteien in Europa programmatisch verständigen können, kann das ein wichtiges Gegengewicht gegen ein „Europa der Konzerne“ sein.

Der politische Einfluss der Konzerne

wird nicht zuletzt dadurch aufrecht erhalten, dass Städte und Gemeinden, Länder und Regionen um ihre Gunst als Investoren konkurrieren und gegeneinander ausgespielt werden. Umso wichtiger ist es, dass die Bedeutung kommunaler Politik in der Diskussion der europäischen Linksparteien eine Rolle spielt. Schon im September fand auf Initiative der GUE/NGL eine Konferenz zum Thema „Die Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsvorsorge“ statt. Rund 100 Abgeordnete aus Kommunal- und Landesparlamenten, Kommunalen Unternehmen usw. diskutierten

über die Zukunft der Öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU. Die Konferenzteilnehmer unterzeichneten die „Potsdamer Erklärung“, deren Forderungen wir hier in Auszügen veröffentlichen.

Die Erklärung richtet sich gegen die Dominanz der Kapitalinteressen in der europäischen Gesetzgebung. Sie besteht auf dem Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung und der Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Kann erreicht werden, dass solche Grundsätze und Forderungen europaweit präsent sind, verlieren viele der Fort- und Umzugsdrohungen von Konzernniederlassungen ihre Schrecken. Auch im Einzelnen sind die meisten Forderungen aus kommunaler Sicht ein bedeutender Fortschritt im Vergleich zur jetzigen Liberalisierungspolitik. Deswegen stellen wir sie hier vor.

Wolfgang Freye

Potsdamer Appell

Das europäische Aufbauwerk befindet sich in einer fundamentalen Schiefelage. Die Politik der Europäischen Union forciert eine Liberalisierung der Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge und vernachlässigt dabei soziale, ökologische und gesundheitliche Belange. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sollen hinter den Interessen privater Versorgungsunternehmen zurückstehen. Die Existenz der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Mitgliedsstaaten ist bedroht.

Wir sagen jedoch: Aufgabe von Politik muss es sein, im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu handeln. Die Gewährleistung allgemeiner Versorgungssicherheit zu sozial verträglichen Konditionen, gleicher Zugang aller zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, hohe Servicequalität, Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit, demokratische Kontrolle und Partizipation müssen oberste Priorität für eine europäische Politik im Bereich der Daseinsvorsorge haben.

Wir fordern daher:

1. Öffentliche Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge müssen künftig unter dem gesellschaftlichen Leitbild demokratischer Transparenz und einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung erneuert und gestaltet werden.
2. Öffentliche Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht unter dem Primat der Marktöffnung, des „freien Wettbewerbs“ und des „Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft“ behandelt werden, sondern primär unter dem Gesichtspunkt ihrer unverzichtbaren sozialen Funktion ...
3. Wir verteidigen die kommunale Selbstverwaltung als Ausdruck lokaler Demo-

kratie und das Subsidiaritätsprinzip. Die Organisationshoheit der subsidiären Gebietskörperschaften (lokal, regional) und die Wahlmöglichkeit zur souveränen Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Organisation und Finanzierung, Möglichkeit der Quersubventionierung von Diensten) muss umfassend erhalten und bekräftigt werden. Wir lehnen sowohl eine allgemeine Ausschreibungspflicht für Leistungen der Daseinsvorsorge ab, als auch die Erzwingung einer Marktöffnung ...

4. Wir fordern eine Überarbeitung der EU-Transparenzrichtlinie: Nicht nur öffentliche, sondern auch private Unternehmen, die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Rahmen öffentlicher Konzessionen erbringen, müssen voll in die Offen- und Rechnungslegungspflichten der Richtlinie einbezogen werden.
5. Wir fordern eine umfassende Evaluierung der Ergebnisse der Marktöffnung in den bisher liberalisierten Sektoren ... Wir fordern eine Re-Regulierung der liberalisierten Sektoren ...
6. Wir fordern ein Europäisches Gesetz zur öffentlichen Daseinsvorsorge, welches eine Definition dieser Dienste sowie allgemeine Grundsätze und Kriterien ihre Gestaltung (Ziele, Organisations- und Finanzierungsmodalitäten) festlegt. Wir schlagen in diesem Zusammenhang vor, dass die öffentliche Daseinsvorsorge vor allem folgende Ziele zu gewährleisten hat:
 - Universeller, gleicher Zugang für alle;
 - Flächendeckende Versorgungssicherheit, territoriale und soziale Er-

reichbarkeit bei hoher Servicequalität zu erschwinglichen Preisen und unter gleichmäßigen qualitativen Bedingungen, unabhängig von der Rentabilität des einzelnen Versorgungsunternehmens;

- Sozialverträgliche Gebühren für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Behinderte oder Einkommensschwache, Kampf gegen soziale Benachteiligungen;
 - Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung, eines hohen Umweltschutzniveaus und Abbau regionaler Ungleichgewichte;
 - Objektive Prüfung der Effizienz und Effektivität der Dienste und eines hohen Niveaus an Verbraucherschutz, demokratische Kontrolle und Transparenz bei den technischen und finanziellen Ergebnissen;
 - Anpassungsfähigkeit der Dienste an neue gesellschaftliche Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten
 - Demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmerinnen sowie der Nutzerinnen der Dienste bei ihrer Gestaltung und Ergebnisbewertung;
 - Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bzw. ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen für die Definition und den Zuschnitt der Dienste von allgemeinem Interesse.
7. Wir fordern von der EU, die neuen Mitgliedstaaten beim Auf- und Ausbau von Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge ... deutlich zu unterstützen ...
 8. Wir fordern den Stopp der gegenwärtigen GATS-Verhandlungen und die verbindliche Herausnahme der Leistungen der Daseinsvorsorge (Dienstleistungen im allgemeinen Interesse) aus dem GATS-Abkommen ...

PLANUNGS-AUSSCHUSS

Essener „Arcaden“ ade?

Im Ausschuss für Stadtplanung am 11. Dezember 2003 wurden unter anderem die angeblich neuesten Pläne von mfi für das geplante Groß-Einkaufszentrum „Arcaden“ auf dem Berliner Platz mit ca. 30.000 qm Verkaufsfläche vorgestellt. Gezeigt wurden perspektivisch geschönte farbige Schaubilder der Fußgängerbrücke und ein unrealistisches Glasmodell. Unrealistisch, weil das transparente Glasmodell darüber hinwegtäuscht, dass die „Arcaden“ tatsächlichen einen abweisenden Riegel zwischen nördlicher Innenstadt und Universität bilden würden, der auch durch die relativ schmale Verbindungsbrücke zur Innenstadt nicht überbrückt würde.

Und obwohl in der Presse vom Vortage über angebliche Gespräche zwischen mfi und Karstadt über ein zusätzlich geplantes Verbindungsbauwerk mit Ladenzonen zwischen den „Arcaden“ und dem Karstadt-

Parkhaus berichtet wurde, die nach Aussage des Baudezernenten ein erneutes Bebauungsplanverfahren erfordern würden, erteilte die Mehrheitsfraktion zusammen mit der FDP der Verwaltung den Auftrag, das Bebauungsplanverfahren auf Grundlage der bisherigen Planungen von mfi weiter zu betreiben.

Da halfen auch die Vorschläge der SPD und der Grünen nicht, angesichts der offensichtlich noch nicht abgeschlossenen Planungsüberlegungen von mfi, die Entscheidung auf die nächste Sitzung des Planungsausschusses im Januar zu verschieben. Und auch auf die grundsätzlichen Bedenken des Bürgerforums, deren Vertreter als Gäste zahlreich vertreten waren, auf die die PDS noch einmal hingewiesen hatte, wurde überhaupt nicht mehr eingegangen.

Die neuesten Presseberichte über die Karstadt-Pläne für ein eigenes Einkaufszentrum von insgesamt 65.000 qm auf eigenem Grundstück waren ja noch nicht bekannt und stellen das „Arcaden“-Projekt vielleicht (hoffentlich) noch einmal grundsätzlich in Frage.

Horst Beger

ORDNUNGS-AUSSCHUSS

Innenstadt-Sonntage verkaufsoffen?

Kaum sind die Ladenöffnungszeiten am samstags länger, will die Essener Marketing-Gesellschaft (EMG) jetzt auch verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt. Ein entsprechender Antrag für vier Sonntage liegt der Verwaltung vor. In den vergangenen Jahren gab es zwar einige verkaufsoffene Samstage in der Innenstadt. Am Sonntag waren die Geschäfte jedoch stets geschlossen. Jetzt will die EMG die bisherigen Anlässe für Samstagsöffnungen wie die Eröffnung des Weihnachtsmarktes kurzerhand auf den Sonntag umlegen. Deutlich wird daran, dass es nur darum geht, Anlässe zu konstruieren.

Die PDS-Gruppe lehnt verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt ebenso ab, wie vorher die verlängerten Samstage. Die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Kaufhauskonzernen und Ladenketten sind durch die in der Innenstadt samstags inzwischen in der Regel auf 20.00 Uhr ausgedehnten Ladenöffnungszeiten ohnehin stark beansprucht. Da die Personaldecke in den meisten Geschäften viel zu dünn ist, müssten zusätzliche Sonntagsöffnungen oft als Mehrarbeit geleistet werden, so dass den Beschäftigten noch weniger Zeit für Erholung und Familie bleibt. Auch die Betriebsräte der Kaufhäuser haben sich dagegen ausgesprochen.

Da der Antrag in der letzten Sitzung des Ordnungsausschusses noch nicht behandelt wurde, ist der erste von der EMG angestrebte Termin, der 11. Januar 2004, erledigt. Der Ausschussvorsitzende, Werner Dieker (SPD) deutete an, dass er eine Dringlichkeitsentscheidung, wie es in der Vergangenheit mehrfach vorgekommen ist, diesmal nicht unterschreiben will. Die anderen beantragten Sonntage sind jedoch nicht vom Tisch. Insider munkeln, dass es der EMG ernsthaft sowieso „nur“ um zwei verkaufsfreie Sonntage im nächsten Jahr geht – doch auch das muss ja nicht sein.

Wolfgang Freye

Gegen Lohndumping: IG BAUstelle am Saalbau

Mehrmals hatte die IG BAU in den letzten Wochen Fälle von Lohndumping auf der Großbaustelle Saalbau aufgedeckt. So war Arbeitern aus Polen statt dem Mindestlohn von 12,47 Euro für Facharbeiter bzw. von 10,36 Euro für Helfer nur 4,90 Euro gezahlt worden. Direkt nach der Aufdeckung der ersten Lohndumping-Fälle durch die IG BAU hat die PDS-Ratsgruppe Oberbürgermeister Reiniger zur Stellungnahme aufgefordert. Schließlich ist die Egib Immobilien GmbH als Projektträger und Wayss & Freitag als Generalbauunternehmen durch die Stadt vertraglich verpflichtet worden, die gesetzlichen und tarifvertraglichen Mindeststandards einzuhalten.

Leider ist seitens der Stadt bisher nicht viel Interesse an Aufklärung bzw. Durchsetzung der vertraglichen Verpflichtungen zu hören. Statt die Verträge durchzusetzen lässt das Oberbürgermeisterbüro in der Presse verlauten, man übernehme die politische Verantwortung, habe aber keine

Möglichkeit zum rechtlichen Eingriff.

Mit ihrer Kampagne gelang es der IG BAU, den Generalunternehmer Wayss & Freitag sowie die Egib Immobilien GmbH als Bauprojektträger öffentlich unter Druck zu bringen. Jetzt will auch der Generalunternehmer auf der Saalbau-Baustelle schärfer gegen Lohndumping vorgehen. Die IG BAU ist ebenfalls weiter am Ball: In einem Container an der Saalbaustelle hat sie jetzt eine Beratungsstelle eingerichtet. Sie will vor allem den Bauarbeitern bei Subunternehmern helfen, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Eine Brief der PDS an den Oberbürgermeister von Anfang Oktober zur Situation auf der Baustelle und den Möglichkeiten der Stadt, Lohndumping zu verhindern, wurde bisher nicht beantwortet. Wir werden jetzt eine Berichterstattung über die Zustände auf der Saalbau-Baustelle in den zuständigen Ausschüssen einfordern.

Gabriele Giesecke

+TERMINE +++ TERMINE +

Montag, 5. Januar

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 12. Januar

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 19. Januar

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro, An St. Marien 1

Miet-/Wohnprobleme? Wir helfen!
MIETERGEMEINSCHAFT ESSEN E.V.
Mitglied im DMB
Rechtsberatung, Wohnungsübergabeprotokoll, mobiler
Reparaturservice, Feuchtigkeitmessung, Schichten
statt Richten, Wir stellen Ihnen Informationsmaterial zu.
VEREIN FÜR MIETERRAND UND MIETER E.V.

Steeler Pfad 19 • 45307 Essen
Telefon: 0201-74 919 20 E-mailadresse: <MGEsseneV@aol.com>
Telefax: 0201-61 579 25 im Internet : <gallery2100.com >

Nichts sehen, nichts hören, nicht handeln!?

Aufsichtsrat der EGZ scheut weiter notwendige Konsequenzen

Die PDS-Ratsgruppe ist enttäuscht von den Ergebnissen der mehr als fünfständigen Aufsichtsratssitzung der Entwicklungsgesellschaft Zollverein am 10. Dezember 2003, soweit sie bisher öffentlich bekannt sind. Als einzige handgreifliche Maßnahme wurde die Desing-Weltausstellung Entry vom Jahr 2005 auf das Jahr 2006 verschoben. Einen solchen Schritt haben alle Fachleute, einschließlich des designierten Kurators der Entry, Professor Zec, längst für notwendig gehalten. Darüber hinaus soll offensichtlich eine neue Ebene, ein Centermanagement geschaffen werden, statt klare Verantwortlichkeiten festzulegen und nötige personelle Konsequenzen zu ziehen. Ein Centermanagement als zusätzliche Ebene schafft vielleicht erneut gut dotierte Posten, wird aber kaum eine Lösung bringen, schließlich zeichnet die Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Zollverein (EGZ) verantwortlich für die Versäumnisse auf Zollverein.

Bauminister Vesper (Grüne) als Aufsichtsratsvorsitzender der EGZ und Oberbürgermeister Dr. Reiniger handeln offensichtlich nach dem Motto der drei Affen: „Nichts sehen, nichts hören, nicht handeln.“ Zollverein ist das größte Förderprojekt der EU im kulturellen Bereich. Die Mittel wurden mit dem Ziel bewilligt, im strukturschwachen Ruhrgebiet Arbeitsplätze zu schaffen. Das Projekt ist jedoch so weit von den Zielen entfernt, dass die Gefahr besteht, dass über 140 Mio. Euro in den Sand gesetzt werden.

Insbesondere Prof. Zec hatte – wie erst kürzlich bekannt wurde – die Notbremse gezogen und in einem Brief an Oberbürgermeister Dr. Reiniger und Bauminister Vesper (Grüne) als Aufsichtsratsvorsitzendem der EGZ den mangelhaften Ausbau der Kohlenwäsche bis 2005 beklagt. Statt diese berechtigte Kritik aufzugreifen, spielte die Geschäftsführung der EGZ zunächst die Bedeutung herunter. Hinter den Kulissen, auf einer Gesellschafterversammlung, erhob einer der Geschäftsführer, Herr Roters, gegen Prof. Zec Vorwürfe wegen seines angeblich „nicht akzeptablen Ausgabeverhaltens“ und hielt eine weitere Zusam-

menarbeit nicht für möglich. Kritiker sind – so der Eindruck – auf Zollverein nicht erwünscht.

Rückendeckung für solche Positionen gibt es ausgerechnet vom grünen Landesbauminister, Michael Vesper, der die öffentliche Kritik weiter deckeln will.

Soll-/Ist-Abgleich weiter nötig

Die PDS fordert seit langem einen Soll-/Ist-Abgleich des Projektstandes auf Zollverein durch externe Fachleute. Erst ein „Kassensturz“, den auch Initiativen wie INIT-Z befürworten, wäre ein tragfähige Grundlage für eine offene Diskussion über die Zukunft des Projektes. Eine solcher „Kassensturz“ wird aber auch von städtischer Seite gefürchtet. „Um des lieben Friedens willen“ zog die PDS in der letzten Ratssitzung einen entsprechenden Antrag zurück, auch

auf die Bitte von OB Dr. Reiniger. Einen Tag später mussten die PDS-Ratsmitglieder feststellen, dass der OB wichtige Informationen zurückgehalten hatte. Ihre Kritik daran brachten die PDS-Ratsmitglieder auch in einem Brief an den OB zum Ausdruck.

Auch in der „Zollvereinrunde“ des Oberbürgermeisters am 13. Dezember 2003, zu der alle Ratsparteien eingeladen waren, drei Tage nach der Aufsichtsratssitzung, wurde zwar von vielen Seiten Kritik an der Geschäftsführung der EGZ laut. Die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung wurden aber mehrheitlich nicht in Frage gestellt. Bei einem so zögerlichen Herangehen seitens der Stadt – immerhin zu 50 Prozent an der EGZ beteiligt – ist der Wert der „Zollvereinrunde“ doch sehr in Zweifel zu ziehen.

Gabriele Giesecke

+ AUS DEM RAT +++ AUS DEM RAT +++ AUS DEM RAT

Die Überschrift zur letzten Ratssitzung in diesem Jahr am 26.11. könnte lauten „Der Kommunalwahlkampf lässt grüßen“. Die Schwerpunktthemen der Ratssitzung – Stadtteile stärken, Berliner Platz/Arcaden – wurden zur Abrechnung der beiden großen Fraktionen untereinander. Einig waren sie sich aber, als es galt ein weiteres wichtiges Problem, die Entwicklung um das Projekt Zollverein, unter den Tisch zu kehren. Die PDS-Ratsgruppe beantragte zu Zollverein einen Soll-/Ist-Abgleich sowie die Einrichtung eines externen Kontrollgremiums – alles Weitere im nebenstehenden Artikel.

Stadtteile stärken. Die zu diesem Punkt eingebrachte Vorlage beruht auf einem Ratsbeschluss vom 28.5.2003, gemäß SPD-Antrag. Ein Programm zur Vitalisierung der Stadtteile sollte erstellt werden. Heraus kam nur eine Ist-Zustandsanalyse, die den eigentlichen Ratsbeschluss in keinsten Weise erfüllte. Dieses wurde nicht nur von der PDS kritisiert. Resümee: Das Thema wurde von allen unterstützt, ein Ausgangspunkt wurde gesetzt und es ist zu erwarten,

dass es ein Hauptthema im kommenden Kommunalwahlkampf wird.

Roma-Unterbringung. In Reaktion auf die Diskussion im Sozialausschuss zur Vorlage Unterbringung von Obdachlosen, Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen beantragte die PDS-Ratsgruppe die Schließung des Übergangsheimes Overhammschhof. Die angedachte Unterbringung von Roma-Familien im ehemaligen Kutel-Gelände entspricht nicht dem Ziel der Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft. Die bisher guten Ansätze zur Unterbringung der Flüchtlinge – auch von Romafamilien – in Wohnungen würden konterkariert. Auch ProAsyl lehnte diese Art der Unterbringung ab.

Der PDS-Antrag wurde abgelehnt, gegen die Stimmen von PDS und B. 90/Grüne. Die Sozialverwaltung versuchte aber, etwas zu beschwichtigen: Eine Wiedernutzung des derzeit leeren Overhammschhofes soll nur in Verbindung mit einem Konzept zur Betreuung, zur Sicherung des Schulbesuches der Kinder usw. geschehen.

H.-J. Schwartz

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **STADTROTINFO** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

.....
Name, Vorname Straße

.....
PLZ / Ort (Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)

IMPRESSUM

STADTROTINFO, Zeitung der PDS
Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen.
Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906

Internet: www.pds-essen-im-rat.de
E-Mail: bueror@pds-essen-im-rat.de